

Gerd Friedrich Nüske

fugnisse, sondern einzig und allein eine durchgreifende Änderung in den Grundsätzen der Besatzungspolitik überhaupt, könnte hier Abhilfe schaffen mit dem Ziel, der deutschen Bevölkerung nach so langer Zeit endlich den Weg zu einer demokratischen Entwicklung freizulegen, deren Hauptmerkmal die freie Verantwortung sein müßte, die zur Voraussetzung hat, daß den deutschen Organen unbeschadet der Kontrolle durch die Besatzungsmacht eine wirkliche Entscheidungsbefugnis in eigenen Angelegenheiten eingeräumt! Damit hatte Müller freilich die französische Besatzungspolitik in ihrem unverzichtbaren Kern getroffen, denn wenn die Franzosen auch gezwungen waren, von ihrer ursprünglichen rigiden Politik Abstriche zu machen, so konnte dies doch nicht unbegrenzt geschehen, ohne daß die französische Deutschlandpolitik sich selbst aufgegeben hätte. Besonders ausführlich ging Müller auf die Ernährungssituation ein: *Was die Versorgung der Bevölkerung anlangt, so ist die Gesamtlage auf dem Gebiete der Ernährung um die Jahresmitte immer noch gekennzeichnet durch einen relativ niederen Kalorienstand von kaum mehr als 1300 Kalorien, die Fortdauer der Entnahmen, die mengen- und gütemäßig unzureichenden Einfuhren sowie die gebundene Verwaltung, alles Dinge, die einen Vergleich mit der Bizone nicht recht vertragen.* Schließlich sprach Gebhard Müller noch kurz den Komplex der Montagen an. Er hielt Koenig vor, daß die von ihm angegebenen Zahlen nur ein unzutreffendes Bild von dem Ausmaß des tatsächlichen industriellen Abbaus gäben, *weil die in den Jahren 1945–1947 getätigten Maschinenentnahmen, denen internationale Abmachungen meines Wissens nicht zugrundelagen, bei diesen Berechnungen außer Betracht zu bleiben pflegen.* Müller fuhr fort: *Allein in Württemberg-Hohenzollern haben aber die Vor-Entnahmen von rund 25000 Maschinen die Industriekapazität schon auf unter 80 Prozent derjenigen des Jahres 1936 gesenkt, was billigerweise nicht unberücksichtigt bleiben dürfte, wenn der mit der Bizone angestellte Vergleich nicht hinken soll.* Alles in allem, so faßte Müller seine Ausführungen zusammen, sehe er sich nicht in der Lage, sich Koenigs zuversichtlicher Betrachtungsweise anzuschließen: Vielmehr seien als dringendstes folgende Maßnahmen zu ergreifen: 1. Weitgehendste Einschränkung der Doppelverwaltung, 2. Abschaffung aller Lebensmittelentnahmen, 3. Senkung der Besatzungslasten und 4. vorläufige Aussetzung der Demontagen.

Verwaltung und öffentliches Leben unter französischem Einfluß

Die Politik der französischen Besatzungsmacht und der diese repräsentierenden Militärregierungen gegenüber den verschiedenen Zweigen der deutschen Verwaltung und des öffentlichen Lebens hat für die verschiedenen Länder der französischen Zone bislang eine unterschiedlich intensive historische Untersuchung erfahren. Am besten versehen ist dabei das ehemalige Land Württemberg-Hohenzollern, das für viele Bereiche seit kurzem zumindest über einen Problemaufriß verfügt⁴³⁰. Für das Land Rheinland-Pfalz sind neuerdings eine Reihe von Arbeiten als im Entstehen angekündigt⁴³¹. Für spezielle Bereiche wurden zudem Detailunter-

430 Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Hg. von MAX GÖGLER und GREGOR RICHTER in Verbindung mit GEBHARD MÜLLER. Sigmaringen 1982.

431 Vgl.: Arbeiten zur Geschichte von Rheinland-Pfalz. Eine Informationstagung der Kommission des Landtags für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 7 (1981) S. 387–412.